

#OhneAngstVerschiedenSein

Herausforderungen einer antisemitismus- und rassismuskritischen Bildungsarbeit für die Migrationsgesellschaft – am Beispiel Vorarlbergs

Arnon Hampe

„Rassismus? Ned ba üs!?“

„Rassismus? Ned ba üs!?“ – ‚Rassismus? Nicht bei uns!‘ Wie steht’s mit Rassismus und Diskriminierung in Vorarlberg?“ – unter diesem Titel fand im März 2023 eine von den Vorarlberger Grünen organisierte öffentliche Diskussionsveranstaltung in Dornbirn statt, die sich explizit dem aktuellen Rassismus in der Vorarlberger Gesellschaft widmete (Die Grünen Vorarlberg, 2023). Neben Fachleuten kamen in einer Fishbowl-Diskussion auch von Rassismus betroffene Vorarlberger*innen zu Wort. Den teils sehr eindrücklichen Schilderungen von Alltagsrassismus zum Trotz kam die Veranstaltungsankündigung nicht ohne die durch den Titel suggerierte Möglichkeit aus, Rassismus gebe es in Vorarlberg gar nicht. *Dass* es Rassismus in Vorarlberg gibt, ist demzufolge scheinbar kein *common sense* – zumindest nichts, was sich ohne Weiteres öffentlich zur Diskussion stellen lässt. Interessanterweise lautet die Überschrift zum nachträglichen Bericht über die Veranstaltung auf der Homepage der Vorarlberger Grünen inzwischen „Rassismus? Nicht bei uns!“ – was aber nicht der ursprünglichen Vorankündigung entspricht (Die Grünen Vorarlberg, 2023). Zahlreiche, mehr oder weniger gut dokumentierte, Beispiele machen allerdings die Präsenz von Rassismus in Vorarlberg deutlich – zwei davon seien hier kurz geschildert:

Beispiel 1: Im Jahr 1989 sorgte die Wahl des damals 22-Jährigen, in Istanbul geborenen und in Bludenz aufgewachsene Oğuz „Mike“ Galeli zum „Mister Vorarlberg“ für öffentliche Empörung. Die medial geschürte Skandalisierung der Wahl Galelis führte dazu, dass im darauffolgenden Jahr die Regeln geändert wurden und nur noch österreichische Staatsbürger*innen zur Wahl antreten durften. Unter der Rubrik „Local Heroes. Vorbilder und schwarze Schafe“ wird Galeli in dem Begleitband zur 2013 eröffneten Kernaussstellung des Vorarlberg Museums porträtiert (Barnay & Rudigier, 2022).

Beispiel 2: Rund 30 Jahre später, im Sommer 2020, wurde in Vorarlberg über das, von Rassismus-Expert*innen als kolonialrassistisch bewertete Logo der Dornbirner Brauerei „Mohren“ diskutiert. Wütende Konsument*innen drohten, die Marke gänzlich zu boykottieren, sollte sich die Brauerei dem öffentlichen Druck beugen und das Logo ändern. Ihre Haltung zur Debatte machten sie teils auch in Sozialen Medien deutlich: „Ich zeig



Flagge. Ja zum Mohr. Nein zum Birnbaum.“ Der Slogan wird verständlich vor dem Hintergrund, dass unter anderem der Vorschlag diskutiert wurde, das ursprüngliche Logo (das Profil eines Schwarzen Mannes mit stark hervorgehobenen negroiden Merkmalen) in einen Birnbaum zu verwandeln (der Birnbaum ist zentral im Dornbirner Wappen enthalten). Die Brauerei entschied, gegen die ausdrückliche Empfehlung des eigens einberufenen Berater*innenkreises, das Logo lediglich zu „entschärfen“, in den Grundzügen aber zu belassen. Während die Debatte lief, verkaufte die Brauerei mehr Bier als je zuvor. Den Vorwurf, dass es sich um eine rassistische Darstellung handeln könnte, wies die Brauerei stets weit von sich (Prüss, 2020).

Nach Albert Memmi dient Rassismus der Verabsolutierung von Unterschieden zwischen Menschen:

„Der Rassismus ist die verallgemeinerte und verabsolutierte Wertung tatsächlicher oder fiktiver Unterschiede zum Nutzen des Anklägers und zum Schaden seines Opfers, mit der seine Privilegien oder seine Aggressionen gerechtfertigt werden sollen.“ (Memmi, 1987, S. 164).

Maureen Maisha Auma (2018, S. 2) ergänzt in ihrer „Definition für die Alltagspraxis“ den sozialen Aspekt des Rassismus, mit dessen Hilfe soziale Differenzen hergestellt und aufrechterhalten werden können:

„Rassismus lenkt unsere Wahrnehmung, unsere Deutung und unsere Verarbeitung von sozialen Informationen. Rassismus als System besteht aus alltäglichen Wahrnehmungshilfen, genauer: aus Wahrnehmungsfiltren. Diese Filter bestimmen, wie wir soziale Gehalte einschätzen oder Situationen bewerten, wie wir auf zwischenmenschlicher Ebene agieren oder welche kollektiven Bezugnahmen für uns von Bedeutung sind. Rassismus beeinflusst und strukturiert diese Filter, denn er beruht auf sozial erlerntem und immer wieder neu hergestelltem Wissen über gesellschaftliche Gruppen und deren Angehörige. Ob diese Gruppen tatsächlich existieren, ist nicht relevant. Es geht vielmehr darum, sie eindeutig voneinander unterscheidbar zu machen, das heißt eine Differenz zu etablieren und aufrechtzuerhalten.“

Als wohlhabendstes Bundesland Österreichs hat Vorarlberg, diesem Verständnis von Rassismus folgend, einiges an Privilegien zu verteidigen und ein hohes gesellschaftliches Interesse an der Herstellung und Aufrechterhaltung rassistischer Differenzmarkierungen.

Auch wenn die Wahrnehmung zum Teil immer noch eine andere sein mag: Vorarlberg ist eine in hohem Maße durch ihre migrationsgeschichtliche Realität geprägte Gesellschaft. Insbesondere durch Arbeitsmigration im Zuge des wirtschaftlichen Aufschwungs nach 1945, bei gleichzeitig fehlenden Arbeitskräften, hat sich die Gesellschaft in Bezug auf die Herkünfte der Bevölkerung (oder deren Eltern bzw. Großeltern) bis heute stark diversifiziert. Nach Wien ist Vorarlberg das Bundesland mit dem zweithöchsten Anteil an Bevölkerung mit Zuwanderungsgeschichte. 42 % der Vorarlberger Jugendlichen und jungen Erwachsenen haben einen sog. „Migrationshintergrund“ nach der gängigen Definition, dass sie selbst eingewandert sind oder mindestens ein Elternteil eingewandert ist (Manahl

& Gächter, 2023). Nachdem im späten 19. und frühen 20. Jahrhundert bereits italienisch- und deutschsprachige Arbeitsmigrant*innen aus dem Trentino und den Kronländern der Monarchie zugewandert waren, waren es ab den 1930er-Jahren ebensolche aus der Steiermark und Kärnten. Es folgten nach 1939 die sogenannten Südtiroler „Optant*innen“ sowie zwischen 1939 und 1945 Zwangsarbeiter*innen aus Polen, Frankreich, Jugoslawien und der Ukraine. Nach dem Zweiten Weltkrieg wurden erneut Arbeitskräfte aus dem Osten Österreichs und ab den 1960er-Jahren dann die sogenannten „Gastarbeiter*innen“ aus dem damaligen Jugoslawien und der Türkei angeworben (Burtscher, 2009, S. 9). Das Hohenemser Unternehmen Collini wirbt heute damit, dass es Mitarbeitende aus „über 50 Nationen“ beschäftige, und knüpft diese Tatsache an ein Bekenntnis zu „einer Vielfalt an Persönlichkeiten und Kulturen“ (Collini, o. D.).

Parallel zur fortschreitenden Diversifizierung der Vorarlberger Gesellschaft durch Migration begann im westlichsten Bundesland Österreichs in den 1980er-Jahren eine Auseinandersetzung mit dem bis dahin weitgehend verdrängten Erbe der früheren jüdischen Bevölkerung, welche insbesondere die Marktgemeinde Hohenems über mehrere Jahrhunderte stark geprägt hatte und zeitweise bis zu 20 % der Gesamtbevölkerung ausmachte. Dieser für die Zeit recht typische Ansatz einer „Geschichte von unten“ führte im Jahr 1991 zur Eröffnung des Jüdischen Museums Hohenems. Unter dessen Trägerschaft arbeitet seit Anfang 2022 das Projekt #OhneAngstVerschiedenSein. In Ergänzung zu den bestehenden Vermittlungsangeboten des Museums versucht das Projekt, mit politischer Bildung einen antisemitismus- und rassismuskritischen Impuls zu setzen. Dabei wird Antisemitismus nicht als ein ausschließlich historisches (und somit überwundenes) Phänomen verstanden, vielmehr konzentriert sich die Arbeit des Projekts auf aktuelle Erscheinungsformen von Antisemitismus, insbesondere auf israelbezogenen Antisemitismus im Zusammenhang mit dem Nahostkonflikt sowie dem sogenannten „sekundären Antisemitismus“ – also dem auf Schuld- und Erinnerungsabwehr abzielenden Antisemitismus nach 1945. (Für einen Überblick über Erscheinungsformen des Antisemitismus in Österreich nach 1945 vgl. Hainzl & Grimm, 2022; Peham, 2019 sowie Edtmaier, 2019). Diese beiden Erscheinungsformen wiederum sind durch das Narrativ des „importierten Antisemitismus“, also eines vermeintlich erst durch Migrant*innen bzw. Muslim*innen (wieder) in Europa verbreiteten Antisemitismus, mit dem Phänomen des antimuslimischen Rassismus verknüpft. Während allerdings die Prävention, politische Bekämpfung und pädagogische Bearbeitung des Antisemitismus in Österreich seit einigen Jahren mit dem Beschluss und der laufenden Umsetzung einer „Nationalen Strategie gegen Antisemitismus“ staatlich institutionalisiert ist (Bundeskanzleramt, 2021), gibt es ein vergleichbares Engagement zur Zurückweisung und Eindämmung von Rassismus in all seinen Erscheinungsformen nicht. Einer breiten Öffentlichkeit wurde diese Schiefelage 2022 während der Laufzeit des Volksbegehrens „Black Voices“ bewusst, dessen Forderungskatalog die Schaffung eines „Nationalen Aktionsplans gegen Rassismus“ beinhaltete. Zwar verfehlte das Volksbegehren knapp die erforderlichen 100.000 Unterschriften, mit denen

es im Nationalrat hätte verhandelt werden müssen. Dennoch gelang es der Kampagne, Rassismus als strukturelles Problem im politischen und medialen Diskurs zu platzieren und sichtbarer zu machen (Black Voices Volksbegehren, o. D.).

Antisemitismuskritische Bildung und rassismuskritische Öffnung

Seit etwa Mitte der 1990er-Jahre wird im deutschsprachigen Raum, ausgehend von der Anerkennung der Tatsache der zunehmenden Migration sowie der damit einhergehenden Diversifizierung der Gesellschaft, über eine Neuausrichtung der „Erziehung nach Auschwitz“ diskutiert. „Migrationsandere“ Jugendliche werden seither verstärkt als Lernsubjekte einer historisch-politischen Bildung ausgemacht, denen eine nunmehr universalistische Lehre aus dem Holocaust vermittelt werden sollte (Fava, 2015, S. 63ff.). Zugleich lässt sich in der Praxis nach wie vor beobachten, dass Pädagog*innen in den von ihnen vorgefundenen Lerngruppen mit einer „Heterogenitätsüberraschung“ konfrontiert sind – also der eigenen Verwunderung darüber und nicht selten auch Überforderung damit, dass die Lerngruppen sich aus Teilnehmenden unterschiedlicher nationaler, ethnischer, religiöser und sozialer Herkünfte zusammensetzen. Waren diese Überlegungen über eine Neuausrichtung der historisch-politischen Bildung in den 1990er-Jahren noch stark dem bis dahin dominanten Paradigma der Interkulturalität verhaftet, wurden sie ab den 2000er Jahren vermehrt durch rassismuskritische Ansätze ergänzt bzw. abgelöst. Darunter sind Ansätze zu verstehen, die mit der Diversifizierung einer Gesellschaft auch die damit einhergehende ungleiche Verteilung von Ressourcen, Chancen und Teilhabemöglichkeiten kritisch in den Blick nehmen – Rassismus also nicht nur auf interpersoneller, sondern auch auf institutioneller und struktureller Ebene wirken sehen. Für eine rassismuskritische Perspektive auf die Bildungsinstitution Schule stehen etwa die wegweisenden Arbeiten von Aladin El-Mafaalani (2018) und Karim Fereidoni (2016).

Seither beschäftigen sich Akteur*innen der schulischen und außerschulischen politischen Bildung mit der Frage, wie eine intersektional ausgerichtete politische Bildung aussehen könnte, die das Verhältnis zwischen Antisemitismus und Rassismus vermittel- und reflektierbar macht. Dabei lassen sich idealtypisch zwei Ansätze unterscheiden, deren Differenz vor allem aus der Ableitung ihrer Praxis aus unterschiedlichen Begriffen verständlich wird. Der erste Ansatz leitet sich ab aus den Begriffen des Vorurteils und der Diskriminierung und zielt normativ auf die Reflexion und den Abbau ebendieser ab. Antisemitismus und Rassismus erscheinen hier als zwei mögliche Erscheinungsformen von Vorurteil oder Diskriminierung, neben anderen wie etwa Homophobie, Sexismus, Ableismus usw. Der Vorteil dieses Ansatzes liegt in der breit angelegten Reflexionsmöglichkeit sowie der Übertragbarkeit von der Erkenntnis des einen auf das andere Phänomen. Der Nachteil liegt in einer gewissen Unschärfe in der kognitiven Erfassung des jeweiligen Phänomens und der eigenen Verstrickung darin. Der zweite Ansatz dagegen hebt die jeweils spezifische Genese, die Erscheinungsformen und individuellen wie kollektiven Wirkungen von

Antisemitismus und Rassismus hervor. Der Vorteil dieses Ansatzes wiederum liegt in der genaueren Erfassbarkeit beider Phänomene als distinkte Ideologien und Herrschaftspraktiken mit je spezifischen Eigenschaften und historischen wie aktuellen Wirkungen. Unterbelichtet bleibt in der Praxis häufig aber ein Verständnis für die historischen Überschneidungen und gegenseitige Beeinflussung der beiden Ideologien. Je nach theoretischem Ausgangspunkt kann diese eher getrennte Betrachtung auch zu einer (nicht zwingend intendierten) Hierarchisierung der beiden Phänomene führen.

Mit dem Projekt #OhneAngstVerschiedenSein versuchen wir den jeweiligen Wesenskern von Antisemitismus und Rassismus in den Blick zu nehmen, ohne dabei zu hierarchisieren. Dabei interessiert uns insbesondere der antimuslimische Rassismus, der seit den Anschlägen auf das World Trade Center am 11. September 2001 den Diskurs über „die Muslime“ in westlichen Gesellschaften in starkem Maße prägt. Antimuslimischer Rassismus, verstanden als Feindschaft und Ablehnung gegenüber „dem Islam“, hat gravierende Folgen für die Betroffenen, was ihr Selbstbild, ihr Bild von der Gesellschaft und ihrer eigenen Position darin betrifft (Biskamp & Hößl, 2020, S. 146). Charakteristisch für antimuslimischen Rassismus ist, dass als muslimisch „gelesene“ Individuen entindividualisiert und nurmehr als Teil eines homogenen Kollektivs („die“ Muslime) wahrgenommen werden. Damit werden Muslime und als muslimisch gelesene Personen zu „den Anderen“ – dieser Prozess wird in der Forschung auch als „Othering“ verhandelt.

Auf der anderen Seite existieren aber Ausprägungen des Islam, die mit den Anforderungen eines demokratischen Zusammenlebens in einer freien Gesellschaft nicht vereinbar sind: Islamistische Strömungen und ihre Akteure erheben einen religiösen Herrschaftsanspruch, der demokratischen und pluralistischen Normen widerspricht. Islamismus und antimuslimischer Rassismus, besonders von **Akteur*innen** des rechten politischen Spektrums befeuert, verhalten sich wie „böse Zwillinge“ zueinander, die nicht nur wesenstverwandt (Autoritarismus, Verschwörungsdenken, absoluter Wahrheitsanspruch, Geschlechterbild) sind, sondern sich gegenseitig brauchen, um ihre eigene Existenz zu rechtfertigen und ihre jeweilige Anhängerschaft zu mobilisieren. Eine politische Bildung, die in dieser Gemengelage zu Mündigkeit, Pluralität und demokratischer Teilhabe ermutigen will, muss deshalb sowohl antisemitismuskritisch und rassismuskritisch, aber auch präventiv gegen Islamismus angelegt sein.

Biskamp und Hößl (2020, S. 145) fassen die mit dieser doppelten Stoßrichtung verbundenen Herausforderungen für die politische Bildung so zusammen:

„Ein friedliches und demokratisches Zusammenleben in der Migrationsgesellschaft – unter den Bedingungen kultureller und religiöser Pluralität – ist nicht selbstverständlich, sondern sehr voraussetzungsvoll. Das Ideal eines solchen Zusammenlebens gerät beständig und in vielerlei Weise unter Druck – und all dies ist für eine demokratische politische Bildung mit zahlreichen Konsequenzen verbunden.“

Im Projekt #OhneAngstVerschiedenSein haben wir uns diesem Anspruch in drei thematischen Schwerpunkten anzunähern versucht, die im Folgenden kurz skizziert werden.

Thematischer Schwerpunkt 1: Jüdisch-muslimischer Dialog

Für den spezifischen Kontext Vorarlbergs bedeutet der Anspruch, einen gleichermaßen antisemitismus- und rassismuskritischen Ansatz zu verfolgen, sich eines deutlichen Ungleichgewichts bewusst zu sein und dieses auch transparent zu machen und eine Reflexion darüber zu ermöglichen: Der Anteil der Muslim*innen an der Vorarlberger Gesamtbevölkerung beträgt etwa 13 %, während nur eine Handvoll Jüdinnen und Juden hier lebt. Der kleinste Teil der (ohnehin schon recht kleinen) Israelitischen Kultusgemeinde Tirol und Vorarlberg lebt in Vorarlberg, das Gemeindeleben findet ganz überwiegend in Innsbruck statt. Die muslimische Glaubensgemeinschaft ist zudem die einzige wachsende – alle anderen stagnieren oder schrumpfen. Heutiges Judentum kann deshalb in der Regel nur vermittelt in einen Dialog mit dem Islam treten. Solange dieser Dialog sich auf der Ebene des Vergleichs der beiden Kollektive als Religionsgemeinschaften bewegt, wird er in der Regel als unproblematisch wahrgenommen, lassen sich doch recht einfach religiöse Gemeinsamkeiten feststellen. Zudem gibt es auf theologischer Ebene keinen grundlegenden Dissens zwischen dem jüdischen und dem islamischen Monotheismus – wie dies zwischen Christentum und Judentum dagegen sehr wohl der Fall ist. Auf dieser eher niedrigschwelligeren Ebene des „interreligiösen Gesprächs“ (wenn auch der jüdische Part meistens vermittelt werden musste), ist es durchaus gelungen, mit Funktionsträger*innen, aber auch mit Mitgliedern verschiedener islamischer Strömungen ins Gespräch und in die konkrete bildnerische Praxis zu kommen.

Thematischer Schwerpunkt 2: Erinnerungskultur

Angeregt durch den bereits skizzierten Paradigmenwechsel in der historisch-politischen Bildung lassen sich entsprechende Bemühungen beobachten, die Erinnerungskultur für mehr Multiperspektivität „zu öffnen“, die Frage nach dem „Wir“ der Erinnerungskultur zu stellen. Zwei Herausforderungen stehen im Zentrum dieser Bemühungen:

Erstens, die Tatsache, dass alle jungen Menschen, welcher Herkunft auch immer, sich heute in gleicher „zeitlicher Distanz und Erfahrungsferne zum Nationalsozialismus“ (Knigge, 2019, S. 16) verorten. Historisch-politische Bildung (und allgemeiner: Erinnerungskultur) muss dem insofern Rechnung tragen, als davon ausgegangen werden muss, dass jungen Menschen weder die Realgeschichte noch die daraus abgeleiteten gesellschaftlichen Implikationen per se bereits bewusst sind.

Zweitens, die bereits angesprochene gesellschaftliche Diversität, welche das Nebeneinander (und mitunter die Konkurrenz) einer Vielzahl von verinnerlichten historisch-normativen Narrativen beinhaltet, deren Kern nicht unbedingt der Zweite Weltkrieg und

der Genozid an den europäischen Jüdinnen und Juden ist. Diese Narrative sinnstiftend in die bestehende Erinnerungskultur einzubinden oder neue Formen von inklusiver Erinnerung zu schaffen, ist eine häufig erhobene Forderung, die aber regelmäßig an der Praxis scheitert. Die grundlegende Infragestellung der Erinnerungskultur durch rechte Akteur*innen – im Sinne eines „Schlusstrichs“ unter die Beschäftigung mit der NS-Geschichte – macht die Aufgabe keineswegs einfacher. Gleiches gilt für Narrative, die sich aus Ideologien speisen, denen Antisemitismus, Rassismus oder andere Ungleichheitsideologien inhärent sind. Damit all diese Narrative aber in der Bildungsarbeit nicht gleichwertig nebeneinanderstehen, müssen selbstverständlich die Menschenrechte und andere universale normative Grundlagen den Maßstab für die Öffnung der Erinnerungskultur bilden. Die Quellen, aus denen sich die neu gesponnenen Geschichten in der Praxis konkret speisen, können dann sehr unterschiedlich sein: Glaube und Religion, individuelle und kollektive Erfahrungen wie Flucht, Diskriminierung, Vertreibung, Kunst, Musik usw. Die Fokussierung auf eine einfach heruntergebrochene Frage, in unserem Beispiel die Frage nach einer Gesellschaft, in der alle hier lebenden Menschen „ohne Angst verschieden sein“ können, kann unserer Erfahrung nach dabei sehr hilfreich sein.

Im Rahmen des Projekts #OhneAngstVerschiedenSein haben wir einen solchen Ansatz der Öffnung in einem mehrmoduligen Workshop mit Stipendiat*innen des START-Programms umzusetzen versucht. Alle Teilnehmenden des Programms haben Migrationshintergrund, fast alle auch Fluchthintergrund. Aufgrund guter schulischer Leistungen können sie in das Programm aufgenommen werden und werden bis zu ihrem Schulabschluss begleitet. Die biografischen Erfahrungen der Teilnehmenden standen thematisch immer im Vordergrund der Workshops, diese haben sie dann etwa mit kollektiven jüdischen Erfahrungen von Flucht, Vertreibung, Entwurzelung und Neuanfang verknüpfen können, aber auch mit der weiter oben bereits skizzierten Migrationsgeschichte Vorarlbergs.

Als Projektleiter habe ich im Frühjahr 2023 an einer Reise der IGGÖ nach Polen teilgenommen, die als „Gedenk- und Bildungsreise“ angekündigt war. Hier setzten sich hochrangige Repräsentant*innen der IGGÖ, aber auch Religionspädagog*innen mit Geschichte und Darstellung der Shoah in der Gedenkstätte Auschwitz und der jüdischen Geschichte Krakaus auseinander. Ziel der Reise war laut IGGÖ, die „Verbundenheit und Solidarität“ zwischen Judentum und Islam zum Ausdruck zu bringen und der Wahrnehmung der beiden Religionsgruppen als „Gegenpole“ ein anderes Bild entgegenzusetzen. Die Auseinandersetzung mit der jüdischen Erfahrung von Verfolgung, Flucht, Exil und Genozid kann sicher zu einem besseren Verständnis von Muslim*innen für die existenzielle Unsicherheit von Jüdinnen und Juden nach der Shoah beitragen. Allerdings macht das Verbleiben auf der Ebene des interreligiösen Dialogs auch die Grenzen dieses Ansatzes sichtbar, denn eine Auseinandersetzung mit eigenen antisemitischen Traditionen innerhalb mancher muslimischer Communities war explizit nicht Teil der Themen, die während der Reise verhandelt wurden. Diese zu benennen und zur Diskussion zu stellen,

ist nach wie vor ein Tabu. Gerade die massive Verbreitung antisemitischer Narrative seit dem 7. Oktober 2023 führt uns aber deutlich vor Augen, wie dringend eine, von innen heraus angestoßene, kritische Auseinandersetzung mit Antisemitismus unter Muslim*innen nötig wäre.

Thematischer Schwerpunkt 3: Nahostkonflikt

Diese Überlegungen leiten zum dritten Schwerpunkt über: Antisemitismus (und Rassismus) im Zusammenhang mit dem Nahostkonflikt. Im Jahr 2023 veröffentlichte das Österreichische Parlament die Ergebnisse einer von ihm in Auftrag gegebenen repräsentativen Studie zu antisemitischen Einstellungen in der österreichischen Bevölkerung, die ein Jahr zuvor durchgeführt wurde (Parlament Österreich, 2024). Die Ergebnisse zeigen, dass antisemitische Einstellungen verbreitet sind und vor allem im Zusammenhang mit Verschwörungsdenken und in Krisenzeiten virulent werden. Ergänzend zum Sample der Gesamtbefragten wurde eine sogenannte „Aufstockungsgruppe“ von knapp 1.000 Menschen mit „türkischem und arabischem Migrationshintergrund“ befragt. Wenig überraschend zeigten die Befragten in dieser Gruppe höhere Zustimmungswerte zu antisemitischen Aussagen im Zusammenhang mit Israel und dem Nahostkonflikt. Überraschender hingegen ist die Tendenz zu höheren Zustimmungswerten zu antisemitischen Aussagen insgesamt (also unabhängig vom Bezug zu Israel), je länger eine Person in Österreich lebt. Leider gibt die Studie keine Auskunft über mögliche Gründe. Rein spekulativ ließen sich zwei Ursachen vermuten: Erstens, Zugang zu neuen Quellen, etwa durch einen anderen Konsum von Social Media, die einen möglicherweise bereits latent vorhandenen Antisemitismus manifester werden lassen. Zweitens, eigene Rassismuserfahrungen in der Aufnahmegesellschaft und Antisemitismus als vermeintliche „Lösung“ dieser als krisenhaft erlebten Situation.

Was die Studie nicht zeigen kann, aber in der Berichterstattung über die Publikation der Ergebnisse teilweise so dargestellt wurde, ist eine Korrelation zwischen islamischem Glaubensbekenntnis oder Zugehörigkeit zu einer muslimischen Gemeinschaft und antisemitischen Einstellungen. Die Existenz eines genuin „muslimischen Antisemitismus“ lässt sich empirisch nicht belegen (Arnold, 2023; Hößl, 2020). Auch historisch gibt es keine entsprechende Tradition, die etwa vergleichbar wäre mit dem christlichen Antijudaismus. Eine davon abweichende Darstellung findet sich etwa bei Abdel-Hakim Ourghi (2023). Ourghi und andere sehen bereits in der Frühgeschichte des Islam einen genuin islamischen Antisemitismus bzw. Antijudaismus angelegt. In der Forschung wird demgegenüber inzwischen häufig von einem „islamisierten Antisemitismus“ gesprochen, also einer Erscheinungsform des Antisemitismus mit einer religiös motivierten Aufladung. Der Begriff geht vermutlich auf den Islamwissenschaftler Michael Kiefer, (2017, S. 48) zurück. Die Realität eines islamistischen Antisemitismus dagegen ist weitgehender Konsens und findet sich beispielsweise in den grundlegenden Texten von Armin Pfahl-Traugher (2023).

Eine wissenschaftlich fundierte Erhebung antisemitischer Einstellungen in der Vorarlberger Bevölkerung ist bisher ein Forschungsdesiderat geblieben. Neben anekdotischer Evidenz kann aber die bereits erwähnte repräsentative Studie von 2022 Aufschluss darüber geben, dass sich auch in Vorarlberg eine Zustimmung von bis zu 30 % zu bestimmten antisemitischen Aussagen findet. Ob diese in den Bevölkerungsteilen mit biografischen Bezügen zur Türkei oder einem arabischen Land, entsprechend der „Aufstockungsgruppe“ von 2022, höher liegen, lässt sich nicht seriös beantworten.

Jedoch hat eine lokale Studie aus dem Jahr 2019 recht deutlich gezeigt, dass sowohl in den über 30 Vorarlberger Moscheevereinen als auch in den meisten islamischen Dachverbänden ein Problembewusstsein hinsichtlich antisemitischer Tendenzen in den eigenen Reihen weitgehend fehlt. In ihrer Zusammenfassung der Studienergebnisse kommen die Autor*innen zu folgendem Schluss:

„Eine auffallende Beobachtung für uns in den Fokusgesprächen war die teilweise prägnant geäußerte Zurückweisung der Vorstellung, dass Antisemitismus in den Moscheegemeinden und Verbänden ein Thema sein könnte. In ihren Gemeinschaften gebe es diese Phänomene nicht, auch nicht unter Jugendlichen.“ (Grabher et al., 2019, S. 198)

Die Autor*innen der Studie gehen entgegen dieser, möglicherweise auch rein strategischen, Zurückweisung jedoch davon aus, dass zumindest im Dachverband AIF – Österreichische Islamische Föderation (Vorarlberger Sektion der türkischen Milli-Görüş-Bewegung) die Lehren Erbakans weiterhin eine gewichtige Rolle spielen, dessen Werk von Antisemitismus durchzogen ist. Laut der sogenannten „Islamlandkarte“ der Universität Wien ist die Islamische Föderation nach der ATIB (Türkisch-Islamische Union für kulturelle und soziale Zusammenarbeit in Österreich) „die mitgliederstärkste türkisch-islamische Organisation in Österreich“ (Islamlandkarte, o.D.). Mit Vural Ümit stellt die AIF derzeit den Präsidenten der Islamischen Glaubensgemeinschaft in Österreich (IGGÖ).

Der 7. Oktober 2023 und die Folgen für die antisemitismus- und rassismuskritische Bildungsarbeit

Der brutale, von der Hamas von langer Hand geplante und von größeren regionalen Akteuren unterstützte Terroranschlag auf israelische Zivilist*innen jährt sich zum Zeitpunkt des Verfassens dieses Beitrags zum ersten Mal. Noch immer ist die israelische Gesellschaft mit der Bewältigung dieses kollektiven Traumas beschäftigt und führt der israelische Staat einen Krieg gegen die islamistische Hamas im Gazastreifen und an weiteren Fronten. Nach wie vor befinden sich etwa 100 aus Israel entführte Geiseln in der Hand der Hamas und anderer dschihadistischer Gruppen. Gleichzeitig liegen weite Teile des Gazastreifens in Schutt und Asche und wurden vermutlich mehr als 40.000 Palästinenser*innen bei den Kämpfen getötet. (Wie alles andere in diesem Krieg sind auch diese

Zahlen umstritten und Teil der medialen Kriegsführung.) Eine politische Lösung des Konflikts scheint in weiter Ferne zu liegen und internationale Akteur*innen versuchen die Situation zu ihren eigenen Gunsten zu nutzen, während sie anderen eher schadet. So hat insbesondere das Ansehen Deutschlands international, aber auch innerhalb mancher Milieus im Land, stark gelitten. Der Vorwurf lautet, Deutschland stelle sich einseitig auf die Seite Israels und blende das Leid der Palästinenser*innen aus, Medien würden einseitig berichten und sich selbst zensieren.

Häufig sind diese polarisierten Wahrnehmungen und Deutungen mit der Äußerung starker Emotionen verbunden. Ähnliches gilt sicher auch für Österreich. In Vorarlberg fanden seit dem 7. Oktober 2023 zwei „pro-palästinensische“ – die Führungszeichen gebieten sich deshalb, weil solcherart Demonstrationen den Palästinenser*innen aus Sicht des Autors eher schaden als nützen – Demonstrationen statt. Angemeldet wurden diese jeweils von der SPÖ-Vorfeldorganisation „Sozialistische Jugend“ (SJ) bzw. der sie unterwandernden trotzkistischen Jugendbewegung „Der Funke“. Aus diesen Demonstrationen heraus wurde u. a. zur „Intifada“ aufgerufen und Israel als jüdischem Nationalstaat das Existenzrecht abgesprochen. Die SJ wurde im Herbst 2024 offiziell von der SP Vorarlberg aus der Partei ausgeschlossen, zumindest offiziell allerdings nicht wegen deren „pro-palästinensischem“ Engagement.

Die politische Bildungsarbeit steht angesichts dieser gesellschaftlichen Dynamik, der massiven Zunahme von Antisemitismus, aber auch antimuslimischem Rassismus, vor verschiedenen Herausforderungen. Zu den ohnehin schon recht anspruchsvollen Qualitätsmerkmalen einer antisemitismuskritischen Bildung und den damit einhergehenden Anforderungen an den*die einzelne politische Bildner*in, wie sie etwa Eckmann und Kößler (2020, S. 17ff.) formuliert haben, kommen in dieser aufgeladenen Situation noch weitere hinzu.

Insbesondere zu erwähnen sei hier, neben einer guten Kenntnis der Geschichte des Konflikts, seiner Akteur*innen usw., eine ausgeprägte Fähigkeit, emotional aufgeladene Kontroversen zu moderieren. Zwar ist die explizite Einbeziehung von Emotionen in die Praxis der politischen Bildung – im Allgemeinen und im Zusammenhang mit dem Nahostkonflikt im Besonderen – kein ganz neues Thema (Besand et al., 2019; Grimm, 2022). Dennoch stellt die für viele verunsichernde Lage im Nahen Osten, aber auch auf den Straßen sowie in Schulen und Universitäten westlicher Städte, eine in dieser Form unbekanntere Herausforderung dar. Im Projekt #OhneAngstVerschiedenSein sind wir, im Wissen um unsere eigenen Wissenslücken, aber mit einer reflektierten individuellen Haltung, dem offensiv begegnet, indem wir zu Beginn unserer Workshops für Jugendliche und Fortbildungen für Multiplikator*innen den Raum für mögliche Emotionen öffneten und diese somit zum zentralen Ausgangspunkt der weiteren Auseinandersetzung machten. Schnell wurde deutlich, dass das, vor allem über Bilder und Videos vermittelte, Wissen über den Terrorangriff des 7. Oktober bei vielen Teilnehmenden nach wenigen Wochen schon

komplett überlagert worden war durch entsprechende Darstellungen der Situation der Palästinenser*innen im Gazastreifen. Auch umstrittene Begriffe wie „Apartheid“ oder „Genozid“ zur Beschreibung der Situation in Israel/Palästina/Gaza fanden recht schnell Eingang in das Vokabular vor allem junger Menschen. Die explizite Kenntnis der entsprechenden begrifflichen und visuellen Trends auf Social Media ist eine für die meisten politischen Bildner*innen nicht zu bewältigende zusätzliche Aufgabe. Dieses Wissen ist aber unabdingbar, um Begriffe und Narrative einordnen und pädagogisch angemessen darauf reagieren zu können. Umso wichtiger werden in Zukunft aufbereitete und aktuelle Einordnungen sein – für außerschulische politische Bildner*innen ebenso wie für Lehrkräfte – wie z. B. die empfehlenswerte Handreichung von Berendsen & Schnabel (2024) zu Social Media und Nahostkonflikt.

Eine ausgezeichnete Kenntnis der zugleich stabilen wie flexiblen Ideologie des Antisemitismus, insbesondere in seiner Erscheinungsform des israelbezogenen Antisemitismus, versteht sich fast von selbst. Denn die Frage, wie es sein kann, dass das größte Pogrom gegen Jüdinnen und Juden seit Ende des Zweiten Weltkriegs zur Formierung einer globalen anti-israelischen (und in weiten Teilen antisemitischen) Bewegung geführt hat, steht im (pädagogischen) Raum und bedarf einer angemessenen Bearbeitung. Jacques Ehrenfreund, Professor für Jüdische Studien, formulierte es so:

„From the day after the massacre, it was obvious to anyone familiar with Jewish history that a hostile discourse would soon emerge and that Israel would be blamed for what had just happened to it.“
(Ehrenfreund, 2024)

Das nötige Wissen, um diese Dynamik reflektieren und vermitteln zu können, ist komplex und besteht, neben den von Ehrenfreund genannten Kenntnissen der jüdischen Geschichte (und des Antisemitismus als ein unlösbarer Teil dieser Geschichte), auch aus einem Gespür für die übergeordneten globalen und gesellschaftlichen Krisen der Epoche, in der wir leben, denn:

„Eine an der Demokratisierung gesellschaftlicher Verhältnisse interessierte Politische Bildung stellt sich den Umbrüchen und vielfältigen Krisen unserer Zeit.“ (Frankfurter Erklärung, 2015)

So lautet der erste von sechs Ansprüchen an eine kritische politische Bildung, wie ihn die Autor*innen der „Frankfurter Erklärung“ 2015 formulierten. Für das Projekt #OhneAngstVerschiedenSein stellten der Terrorangriff und der darauffolgende Mehrfrontenkrieg Israels eine Zäsur dar. Nicht nur mussten ohne Vorlaufzeit Angebote für Schüler*innen, Jugendliche in der Offenen Jugendarbeit und Multiplikator*innen geschaffen werden. Vor allem wurde das Projekt regelrecht mit Anfragen und Bedarfen überrannt. Zwischen Mitte Oktober bis Ende 2023 arbeitete das kleine Team mit über 500 Jugendlichen und jungen Erwachsenen in mehrstündigen Workshops sowie mit mehreren Hundert Multiplikator*innen in Präsenz- und Onlinefortbildungen – und auch bis zum Frühjahr 2024 setzte sich dieser Trend fort. In Bildungs- und Jugendeinrichtungen wurden plötzlich konkrete politische Konflikte, aber auch sehr grundsätzliche Thematiken

wie etwa der unkritische Medienkonsum vieler Jugendlicher sichtbar. Dem beschriebenen Ansatz des Projekts treu zu bleiben, diesen aber zugleich in einer akuten gesellschaftlichen Krisensituation an die aktuellen Anforderungen anzupassen, war und ist eine Herausforderung, der sich das Projekt auch in Zukunft stellen wird.

Literatur

- Arnold, S. (2023). *Expertise. Antisemitismus unter Menschen mit Migrationshintergrund und Muslim*innen*. Mediendienst Integration. <https://mediendienst-integration.de/artikel/antisemitismus-untermuslimen-und-menschen-mit-migrationshintergrund.html>
- Auma, M. M. (2018). *Rassismus. Eine Definition für die Alltagspraxis*. RAA Berlin. https://raa-berlin.de/fileadmin/user_upload/publikationen/rassismus_definition_broschuere_online.pdf
- Barnay, M., & Rudigier, A. (Hrsg.) (2022). *Vorarlberg. Ein Making-of in 50 Szenen. Objekte – Geschichte – Ausstellungspraxis*. transcript.
- Berendsen, E., & Schnabel, D. (Hrsg.) (2024). Die Tik-Tok-Intifada – Der 7. Oktober & die Folgen im Netz. Bildungsstätte Anne Frank. <https://www.bs-anne-frank.de/mediathek/publikationen/die-tiktok-intifada-der-7-oktober-die-folgen-im-netz>
- Besand, A., Overwien, B., & Zorn, P. (Hrsg.) (2019). *Politische Bildung mit Gefühl*. Bundeszentrale für politische Bildung.
- Biskamp, F., & Hößl, S. E. (2020). Perspektiven der politischen Bildung im Zusammenhang mit Islam und Islamismus in der pluralen Gesellschaft. In S. E. Hößl, L. Jamal & F. Schellenberg (Hrsg.), *Politische Bildung im Kontext von Islam und Islamismus* (S. 145–164). Bundeszentrale für politische Bildung.
- Black Voices Volksbegehren (o. D.). *Black Voices Volksbegehren*. <https://blackvoices.at/>
- Bundeskanzleramt (2021). *Nationale Strategie gegen Antisemitismus*. Strategie der Republik Österreich zur Verhütung und Bekämpfung aller Formen von Antisemitismus. Bundeskanzleramt. <https://www.bundeskanzleramt.gv.at/themen/kampf-gegen-antisemitismus.html>
- Burtscher, S. (2009). *Zuwandern_aufsteigen_dazugehören. Etablierungsprozesse von Eingewanderten*. StudienVerlag.
- Collini (o. D.). *Collini*. <https://www.jm-hohenems.at/ueber-uns/entstehung-und-leitbild>
- Die Grünen Vorarlberg (6.3.2023). *Die Grünen Vorarlberg*. <https://vorarlberg.gruene.at/news/rassismus-nicht-bei-uns/>
- Eckmann, M., & Kößler, G. (2020). *Diskussionspapier. Pädagogische Auseinandersetzung mit aktuellen Formen des Antisemitismus. Qualitätsmerkmale und Spannungsfelder mit Schwerpunkt auf israelbezogenem und sekundärem Antisemitismus*. Vielfalt.Mediathek. <https://www.vielfalt-mediathek.de/material/antisemitismus/diskussionspapier-paedagogische-auseinandersetzung-mit-aktuellen-formen-des-antisemitismus-qualitaetsmerkmale-und-spannungsfelder-mit-schwerpunkt-auf-israelbezogenem-und-sekundaerem-antisemitismus>
- Edtmaier, B. (2019). Antisemitismus in Österreich seit 1945. In H. Embacher, B. Edtmaier & A. Preitschopf (Hrsg.), *Antisemitismus in Europa. Fallbeispiele eines globalen Phänomens im 21. Jahrhundert* (S. 219–289). Vandenhoeck & Ruprecht.
- Ehrenfreund, J. (18.1.2024). *The Return of War, the Jews, and the Crisis of History*. K. <https://klarevue.com/en/the-return-of-war-the-jews-and-the-crisis-of-history/>
- El-Mafaalani, A. (2018). *Das Integrationsparadox: Warum gelungene Integration zu mehr Konflikten führt*. Kiepenheuer & Witsch.
- Fava, R. (2015). *Die Neuausrichtung der Erziehung nach Auschwitz in der Einwanderungsgesellschaft. Eine rassismuskritische Analyse*. Metropol.

- Fereidoni, K. (2016). *Diskriminierungs- und Rassismuserfahrungen im Schulwesen. Eine Studie zu Ungleichheitspraktiken im Berufskontext*. Springer.
- Frankfurter Erklärung. Für eine kritisch-emanzipatorische Politische Bildung (2015). *Assoziation für kritische Gesellschaftsforschung*. <https://akg-online.org/arbeitskreise/fkpb/frankfurter-erklaerung-fuer-eine-kritisch-emanzipatorische-politische-bildung.html>
- Grabher, E. et al. (2019). *Vorarlbergs Moscheegemeinden. Die Organisationen und ihre Entwicklung. Ein Forschungsbericht von okay.zusammen leben/Projektstelle für Zuwanderung und Integration, im Auftrag der Vorarlberger Landesregierung*. Land Vorarlberg. <https://vorarlberg.at/-/forschungsbericht-vorarlbergs-moscheegemeinden-die-organisation-und-ihre-entwicklung>
- Grimm, M. (2022). Emotionen in der schulischen Bildung gegen Antisemitismus. Herausforderungen und Chancen. In S. Kenner & T. Oeferding (Hrsg.), *Standortbestimmung Politische Bildung. Gesellschaftspolitische Herausforderungen, Zivilgesellschaft und das vermeintliche Neutralitätsgebot* (S. 117–127). Wochenschau Verlag.
- Hainzl, S., & Grimm, M. (Hrsg.) (2022). *Antisemitismus in Österreich nach 1945*. Hentrich & Hentrich.
- Höfl, S. E. (2020). Antisemitismus unter „Musliminnen und Muslimen“. Verhältnisbestimmungen im Spannungsfeld von Tabuisierungen von Problemlagen und antimuslimischem Rassismus, in: S. E. Höfl, L. Jamal & F. Schellenberg (Hrsg.), *Politische Bildung im Kontext von Islam und Islamismus* (S. 301–322). Bundeszentrale für politische Bildung.
- Islamlandkarte. Islamische Vereine & Moscheen in Österreich (o. D.). *AIF – Österreichische Islamische Föderation, Zweigverein Bregenz*. Institut für Islamisch-Theologische Studien und Islamische Religionspädagogik der Universität Wien. <https://www.islam-landkarte.at/detail/aif-oesterreichische-islamische-foederation-zweigverein-bregenz>
- Kiefer, M. (2017). *Antisemitismus und Migration*. Bundeskoordination Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage, in der Trägerschaft des Aktion Courage e. V.
- Knigge, V. (2019). Geschichte von gestern für Deutsche von morgen? Die Erfahrungen des Nationalsozialismus und historisch-politisches Lernen in der (Post-)Migrationsgesellschaft. Ein Problemaufriss. In V. Knigge & S. Steinbacher (Hrsg.), *Geschichte von gestern für Deutsche von morgen? Die Erfahrung des Nationalsozialismus und historisch-politisches Lernen in der (Post-)Migrationsgesellschaft* (S. 14–34). Wallstein.
- Manahl, C., & Gächter, A. (2023). „... und sie bewegt sich doch“. *Fortschritte in der strukturellen Integration von Zugewanderten und ihren Nachkommen in Vorarlberg (Update 2023)*. okay.zusammenleben – Projektstelle für Zuwanderung und Integration. <https://www.okay-line.at/file/656/und-sie-bewegt-sich-doch-2023.pdf>
- Memmi, A. (1987). *Rassismus*. Athenäum.
- Ourghi, A.-H. (2023). *Die Juden im Koran. Ein Zerrbild mit fatalen Folgen*. claudius.
- Parlament Österreich. (4.7.2024). *Antisemitismus-Studie 2022*. Parlament Österreich. <https://www.parlament.gv.at/fachinfos/rlw/Antisemitismus-2022>
- Peham, A. (2019). *Antisemitismus in Österreich. Ein (unvollständiger) Überblick, im Auftrag des Präsidenten des Nationalrates*. Österreichisches Parlament. https://www.parlament.gv.at/dokument/fachinfos/publikationen/andreas_pehamantisemitismus_in_oesterreich_ein_unvollstaendiger_oeblick.pdf
- Pfahl-Traugher, A. (20.11.2023). *Antisemitismus im Islamismus. Ideengeschichtliche Bedingungsfaktoren, agitatorische Erscheinungsformen und soziale Verankerung*. Bundeszentrale für politische Bildung. <https://www.bpb.de/themen/islamismus/dossier-islamismus/36356/antisemitismus-im-islamismus/>
- Prüss, T. (23.6.2020). ORF.at Vorarlberg. <https://vorarlberg.orf.at/stories/3054501/>